

GEWALT GEGEN FRAUEN GEHT ALLE AN

Die ernüchternde Situation:

Gewalt gegen Frauen ist für viele alltägliche brutale Realität:

- 37% aller Frauen werden mindestens einmal im Leben Opfer von körperlicher Gewalt.
- Jede siebte Frau hat seit ihrem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt erleiden müssen
- ein Viertel aller Frauen erleidet Gewalt durch ihren Partner.

Die Wahrscheinlichkeit für Frauen, Opfer häuslicher Gewalt zu werden, ist damit größer als die, anderweitige Gewalttaten, wie Raub oder Körperverletzung im öffentlichen Raum zu erfahren. Häusliche Gewalt hat viele Gesichter mit entsprechend vielfältigen negativen Folgen. Im schlimmsten Fall endet sie mit dem Tod und wird dann oftmals beschönigend als »Familientragödie« dargestellt. Aber auch Kinder leiden massiv unter den Folgen häuslicher Gewalt. Bei ihnen ist die Gefahr selbst gewalttätig, oder aber erneut Opfer von Gewalt zu werden besonders hoch.

Was tun?

Stärkung erfahren die Opfer häuslicher Gewalt durch das unter grüner Regierungsbeteiligung 2001 verabschiedete Gewaltschutzgesetz. Seit dem gilt: »Wer schlägt – geht«.

Leider ersetzt in vielen Fällen diese polizeiliche »Wegweisung« nicht die Flucht ins Frauenhaus. Über 40.000 Frauen – teilweise mit ihren Kindern – suchen jährlich hier Zuflucht. Als schnelle, unbürokratische und direkte Hilfe für misshandelte Frauen sind Frauenhäuser nach wie vor unersetzlich. Vor allem für Frauen mit Migrationshintergrund sind sie oft der einzige Ausweg, um der Gewalt zu entkommen. Kürzungen an dieser Stelle sind Sparmaßnahmen an der körperlichen Unversehrtheit von Frauen.

Unsere Forderungen:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht fest:

Der Schutz vor Gewalt ist ein im Grundgesetz für alle verankertes Recht.

Deshalb fordern wir:

- ein breit gefächertes Unterstützungssystem für eine lückenlose Hilfe, aus Frauenhäusern, Zufluchtswohnungen, Notrufen, Frauenberatungsstellen und Interventionsstellen. Informationen darüber müssen an geeigneten Orten und in verschiedenen Sprachen allen zugänglich sein
- ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind. Von Zwangsheirat oder Heiratsverschleppung bedrohte Frauen brauchen außerdem ein längeres Rückkehrrecht
- die grundsätzlich eigenständige Existenzsicherung von Frauen, jenseits von abgeleiteten Ansprüchen. Ökonomische Selbstständigkeit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen zum Schutz vor weiterer Gewalt. Gewaltbetroffene Frauen benötigen Unterstützung zur (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt, aber auch die kurzfristige und unbürokratische Gewährung von Sozialleistungen bei Frauenhausaufenthalten
- eine stärkere Einbindung des Gesundheitswesens. Ärztinnen und Ärzte brauchen entsprechende Schulungen und müssen auf Beratungs- und Hilfsangebote hinweisen
- den Ausbau der psychosozialen Täterarbeit und von Präventionsprojekten, damit bereits Kinder und Jugendliche gewaltfreie Konfliktlösungen erlernen
- verstärkte Sensibilisierungsmaßnahmen bei der Polizei aber vor allem auch bei der Justiz für den Umgang mit gewaltbetroffenen Frauen. Besonders in Scheidungs- und Trennungssituationen sind Frauen noch öfter von Gewalt bedroht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich entschieden gegen die Kürzungen bei Hilfesystemen für Frauen, wie Beratungsstellen, Gewaltschutzprojekte und Frauenhäuser durch die Länder. Schutz vor Gewalt darf nicht abhängig von der Haushaltslage oder einer bestimmten Regierungskonstellation im Land sein. Wir fordern, dass die bedarfsgerechte Finanzierung von Hilfesystemen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kindern zur staatlichen Pflichtaufgabe wird.